

**Jiří Kopica**  
**Kampf um Grenzgebiet**  
Demonstrationen  
am 4. März 1919  
in der Tschechoslowakei

## Inhalt

Einleitung .....	60
Entstehung der Tschechoslowakei .....	62
Leben in der Provinz Deutschböhmen .....	69
Warum wurde es demonstriert? .....	77
Demonstration am 4. März 1919 in Kaaden .....	82
Auseinandersetzungen in anderen Städten .....	96
Rechtlichen Nachspiele .....	103
Propagandistischer Missbrauch .....	108
Ende .....	110
Literatur und Quellen .....	112
Danksagung .....	113

## Einleitung

Am 4. März 1919 verliefen in Kaaden und in weiteren Städten des derzeitigen Grenzgebiets große Demonstrationen. Die protestierenden tschechischen Deutschen zeigten so ihr Missfallen darüber, dass sie am Ende des ersten Weltkrieges zu Bürgern der neu entstandenen Tschechoslowakischen Republik werden sollten. In vielen Städten stießen die Demonstranten auf tschechoslowakische Soldaten, die während November und Dezember vorigen Jahres die deutschen Städte besaßen. In einigen Städten kam es dann im Wirbel der Emotionen zu Schusswechseln, deren Folge 56 erschossene Demonstranten und 2 Soldaten der tschechoslowakischen Armee waren.

Die tragischsten Ergebnisse hatte der Zusammenstoß in Kaaden, wo 24 Demonstranten erschossen wurden. Dieses Ereignis stellte im Leben der Stadt eine unauslöschliche Spur dar, die eiterte immer, wenn ihre Bewohner sich an dieses tragische Ereignis erinnerten. An die erschossenen Demonstranten wurde durch die Märzgefallenen erinnert, und im Verlauf der Jahre gewannen sie die Aureole der tschechischen, später sudetendeutschen Märtyrer. Sie wurden als die ersten Opfer der tschechoslowakischen Willkür zu ihrem Volk betrachtet. Ihr Tod begann propagandistische Ladung, die in den dreißiger Jahren während der Krise in der Tschechoslowakischen Republik sehr missbraucht wurde.

Dieses Buch sucht die Schuld nicht nur auf der tschechischen oder nicht nur auf der deutschen Seite. Es bemüht sich nur um die Erklärung derzeitiger Ereignisse, um diesen ewigen Streit für immer abzuschließen. Wie Sie soeben lesen können, die Schuld war auf beiden Seiten und es wäre ratsam auch in Zukunft die ganze Problematik so betrachten.

Wir sollten vor allem eine Sache im guten Gedächtnis behalten, und zwar, dass viele Menschen starben. Sie wurden zu den Opfern der politischen Besessenheit, die – wenn sie dann bestimmte Grenze überschreitet, nie anders als mit dem Tod enden kann.

## Entstehung der Tschechoslowakei

Die Bemühungen um den tschechisch-österreichischen Ausgleich erschienen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und wie ein roter Faden zog sie sich durch die tschechische Politik während der restlichen Existenz des Österreich-Ungarns.

Tschechen reagierten so auf die Bemühungen tschechischer Deutscher, die mit Unbehagen die immer steigende Macht und damit verbundenen Ansprüche des tschechischen Volks verfolgten.

Deutsche Politiker entschieden der „tschechischen Gefahr“ damit standzuhalten, dass sie die böhmischen Länder in deutsche und tschechische Regionen teilten, die politisch de facto unabhängig würden. Den deutschen Politikern gelang es nicht diese Lösung durchzusetzen, denn das tschechische Volk wurde allmählich zu einer bedeutenden Macht in Předlitavsko (Cisleithaniens) und Wien wollte mit der Akzeptanz dieser Lösung keine wirtschaftliche Probleme riskieren, die aus dem tschechischen Antriebe bestimmt kommen würden.

Zu diesem Streit gehören auch bekannte Kämpfe um „Punkte“ im Jahre 1890 und auch der dauerhafte rechtlich-politische Streit um historische oder staatsrechtliche Grenzformen des tschechischen Gebiets.

Die Tschechische Bemühung um die Bildung der Grenze eines autonomen Staates gingen aus dem so genannten historischen Recht hervor. Nach diesem sollten

die Grenzen des Staates nach den historisch gegebenen Grenzen des tschechischen Gebiets markiert werden. Dank diesem würden auch die deutschen Grenzgebiete unter dem Einfluss der Tschechen stehen, was undenkbar für die Deutschen war. Deshalb setzten sie eine staatsrechtliche Betrachtung der Sache durch, selbständige Gebiete nachdem zu bilden, wie das Gebiet nationalistisch geteilt ist. Dank dessen würden in den Grenzen des historischen Böhmens de facto zwei unabhängige Gebiete entstehen, ein deutsches im Grenzgebiet und ein tschechisches im Inland. Das war aber für die tschechischen Politiker undenkbar, denn somit würden sie die Teilung des historischen Gebiets Böhmens zulassen.

Die oben genannten Streitigkeiten eskalierten dann während des ersten Weltkrieges. Die Wiener Regierung war den Tschechen (mit Ausnahmen) nie zu geneigt, aber während der Kriegsjahre, als sie im Hinterland Ruhe für ihre Kriegsbemühung brauchte, änderte sich ihre nicht freundliche Stimmung zu einer feindlichen Beziehung. Es wurde der böhmische Landtag aufgelöst, dadurch verlor die innere Selbstverwaltung bis da ihren mindestens ein bisschen demokratischen Charakter. Weiter wurden tschechische Politiker verhaftet, die sich zu nationalistisch äußerten (Rašín, Kramář).

Die Anordnung der Wiener Regierung, mit der die von tschechischen Deutschen erklärte Provinz Deutschböhmen anerkannt wurde, war der Höhepunkt. Durch diesen Akt sollte es zur Teilung des tschechischen Gebiets in 11 autonome Bezirke nach der nationalen Bestimmung kommen. (Mit Gültigkeit vom 1.1.1919). Böhmen sollte so nach einer staatsrechtlichen Ordnung ge-

teilt werden, um die sich tschechische Deutschen immer vergeblich bemüht hatten. Dies war der letzte Tropfen. Bis zu dieser Zeit gab es immer viele tschechische Politiker, die sich nicht ganz von Wien trennen wollten. Aber dank dieser geplanten Teilung blieben nur wenige.

Durch diese Auffassung ist es kein Wunder, das für das tschechische Volk der 28. Oktober eine Befreiung war. Am Anfang des Jahres 1918 schien es, das der Kampf um die Geschlossenheit des historischen Gebiet verloren ging, aber jetzt nach der Ausrufung der eigenstaatlichen Republik kam der Sieg.

Während die Tschechen die Entstehung der Tschechoslowakei als nationale Errettung empfanden, empfanden sie die Deutschen in Böhmen als einen erfüllten Albtraum. Sie hatten den Kampf um die Oberherrschaft ihres Gebiets auf einmal verloren und das noch in dem Moment, in dem es schien, dass der Sieg zum Greifen nahe war. Die Existenz des Grenzgebiets im Rahmen des tschechischen Staates war für sie undenkbar. Sie konnten nicht die Tatsache zulassen, dass sie von einer „herrschenden“ Nation (was sie auch vor dem Krieg waren) zu einer „unterordneten“ Nation werden.

Die Provinz Deutschböhmen wurde zum ersten mal schon am 21. Januar 1918 als Reaktion auf die tschechische Dreikönigedeklaration proklamiert, in der die tschechischen Angeordneten im Rahmen des Reichstages die Autonomie für Tschechen und Slowaken im Rahmen eines Staates, der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, verlangten.

Wiederholt wurde die Provinz Deutschböhmen am 21. Oktober 1918 proklamiert, diesmal schon unter ganz

anderen politischen Bedingungen. Am Anfang des Jahres proklamierten tschechische Deutschen die Provinz unter passenden Bedingungen, weil es die Chance auf den deutschen Sieg im Krieg gab. Aber im Oktober stand Österreich-Ungarn vor der Niederlage, dessen waren sich alle Völker in der Monarchie bewusst.

Als der letzte Versuch um die Rettung des Staates proklamierte Kaiser Karl II. am 16. Oktober das Dekret von der Föderalisierung. Einzelne Völker der Monarchie sollten die Autonomie bekommen, nach der sie so verlangten. Es war aber schon zu spät. Den Tschechen genügte die Autonomie nicht mehr, wenn die Eigenstaatlichkeit zum Greifen nahe war.

Dieser Tatsache waren sich auch die tschechischen Deutschen bewusst, und deshalb proklamierten sie als Reaktion auf das Dekret von der Föderalisierung die unabhängige Provinz Deutschböhmen. So erklärten sie die tschechischen Deutschen zu dem autonomen Volk im Rahmen des tschechischen Gebiets (Böhmen). Sie wollten so vermeiden, dass sie – nach dem Ausrufen der Unabhängigkeit des tschechoslowakischen Staates – „nur“ zu einem seiner Teile würden, der der zentralen Regierung in Prag gehorchen müsste. In ihrer Deklaration trennten sie sich von Österreich-Ungarn nicht, denn sie wollten nicht die ersten sein, die die alte Monarchie zer schlagen. Sie wussten, dass es bald Prag macht und so warteten sie. Wenn dann am 28. Oktober die unabhängige Tschechoslowakei proklamiert wurde, hatte man den Urheber. Deshalb proklamierten sie wieder gleich am nächsten Tag im Reichstag die Entstehung der Provinz Deutschböhmen. Diesmal aber schon als ein Bestand-

teil des zukünftigen Staates Deutschösterreich, dessen Entstehung jeden Tag zu erwarten war. Die Deklaration vom 21. Oktober erlangte ihr wahres Wesen.

Zur Hauptstadt wurde Liberec (Reichenberg). Dazu kam es bei einer Geheimwahl, wo die Deputierten aus Teplice (Teplice-Schönau) die Stadt Reichenberg vor der Stadt Ústí (Aussig) begünstigen. Als ihre gesetzgebende Behörde betrachteten sie die Provisorische Nationalversammlung in Wien. Die gewählten Vertreter von den parlamentarischen Wahlen im Jahre 1911 gingen automatisch dorthin und sollten dort die Bürger des Deutschböhmens bis zu den neuen parlamentarischen Wahlen in Deutschösterreich vertreten, mit denen man irgendwann am Anfang des Jahres 1919 rechnete.

Die Abgeordneten nahmen auf ihrer Versammlung die Verfassung des Deutschböhmens an, die noch von einer Proklamation begleitet wurde, in der sie klar den Grund der Bekanntmachung und die Absicht äußerten, nach dem sie sich in Zukunft richten werden. Sie führten an, dass sie sich auf Grund des Rechts auf die Selbstbestimmung der Nationen entschieden, eine eigene Provinz zu bilden, die ein Teil des Deutschösterreichs ist. Der Grund dafür ist der Schutz des Volkes vor fremder Oberherrschaft und wirtschaftlicher Krise.

Zu gleicher Zeit wurde eine dreiköpfige Landesregierung der Provinz prompt proklamiert. Als Vorsitzender für die Deutsche Nationalpartei wurde der Abgeordnete Rafael Pacher gewählt. Zu seinem ersten Stellvertreter wurde der Vorsitzende der Sozialdemokraten der tschechischen Deutschen der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei Josef Seliger, damit die

politische Kräfteverteilung, die nach dem gerade beendeten Krieg bestimmt wurde, bewahrt blieb. Es sollte vor allem das gemeinsame Fortschreiten der bürgerlichen Parteien mit der DNP Sozialdemokratie am Kopf ausdrücken. Parteiliche Scharmützel sollten verbannt werden und alle Parteien sollten einheitlich auftreten, damit ihr politischer Wille klar manifestiert wurde – die Inkorporation des Deutschböhmens zu der Tschechoslowakei wurde nicht erlauben. Zu dem zweiten Stellvertreter wurde dann Wilhelm Maixner.

Rafael Pacher blieb nicht lange am Kopf der Regierung. Kurz nach seiner Wahl wurde er von dem Vorsitzenden der zentralen Regierung in Wien K. Renner angesprochen, ob er nicht zu Minister für Schulwesen in seiner neuen Regierung werden wolle. Pacher nahm das Angebot an. Die Tatsache, dass ein tschechischer Deutscher aus Deutschböhmen in der Regierung des Deutschen Österreichs war, sollte die Einstellung der deutschösterreichischen Regierung symbolisieren – der Anspruch des Deutschösterreichs auf Deutschböhmen und somit auch auf alle entstehenden deutschen Provinzen in der Tschechoslowakei. Zu dem neuen Landeshauptmann wurde am 5. November der Abgeordnete der Deutschen Nationalpartei Rudolf Lodgman von Auen wieder gewählt.

Zur Erklärung muss man ergänzen, dass zur gleichen Zeit neben dem Deutschböhmen auch andere Provinzen entstanden. An die Abgeordneten von Deutschböhmen knüpften ein Tag später auch die Abgeordneten vom Nordmähren und Schlesien an und proklamierten die Provinz Sudetenland mit ihrem Zentrum in Opava (Troppau), die zu dem Deutschösterreich gehörte.

Neben diesen zwei Provinzen, die keine direkte Grenze mit ihrem mütterlichen Staat hatten, entstanden noch weitere zwei. Im Süd- und Südwestböhmen am 7. November der Böhmerwaldgau mit seinem Zentrum in Český Krumlov (Krumlau), später in Kaplice (Kaplitz), der direkt an Niederösterreich angeknüpft wurde und im Südmähren die Provinz Deutschsüdmähren mit ihrem Zentrum in Znojmo (Znaim), die direkt an Oberösterreich angeknüpft wurde.

Es sollte keine große Überraschung sein, dass die neu entstandene tschechoslowakische Regierung diese Bekanntmachung mit Missfallen bemerkte und dass sie so was nicht anerkannte. Das Grenzgebiet des tschechischen Gebiets betrachtete sie als das Gebiet des neuen Staates, auch wenn hier tschechische Deutschen lebten, und sie beabsichtigte in diesem Sinne weiter zu handeln.

## Leben in der Provinz Deutschböhmen

Um die Wende zwischen Oktober und November trafen sich zu zwei Sitzungen Vertreter der tschechoslowakischen Regierung und des Deutschböhmens. Beide Seiten waren sich dessen bewusst, dass es am besten wäre, Ruhe während des weiteren Fortschreitens zu vereinbaren. Das war aber unter derzeitigen Bedingungen nicht möglich. Jede Seite beharrte auf ihres. Die tschechoslowakische darauf, dass das Grenzgebiet ein Bestandteil des neuen Staates ist, die deutsche darauf, dass es von Prag unabhängig ist.

Beide Regierungen - in Reichenberg und auch in Prag - erhoben den Anspruch, der Vertreter der staatlichen Macht im Grenzgebiet zu sein. Die Entscheidung, wer das Gebiet verwaltungsmäßig beherrscht, hing davon ab, wer es militärisch beherrscht und dort die Ordnung aufrecht erhielt.

Die Regierung des Deutschböhmens veröffentlichte kurz nach ihrer Entstehung eine Bekanntmachung, in der sie alle Provinzbürger aufforderte, die Volkswehr zu bilden. Mit Hilfe dieser Einheiten bemühte sie sich auf den Straßen der Städte Ordnung zu halten. Gleichzeitig rechnete sie damit, dass die Volkswehr als Hauptverteidiger gegen die erwartete tschechoslowakische Besetzung des Grenzgebiets auftritt.

Die Unruhe auf den Straßen rief eine katastrophale Situation der Versorgung herauf. Sollte sie während

des Krieges schlecht gewesen sein, so war die Situation jetzt noch schlimmer. Die Versorgungswege führten vom tschechischen Inland, aber wegen des Streites kam nichts an. Die Leute hatten Hunger und mit dem kommenden Winter fehlte es auch an Kohle für die Heizung. Man braucht sich nicht wundern, dass die Leute dazu gezwungen waren, zu rauben und zu stehlen, um sich zu ernähren.

Neben der Plünderung entstanden oft in den Städten soziale Unruhen, in denen die Volksmenge nach Essen verlangte. Deshalb bestimmte die Regierung die Volkswehr, um Ruhe zu gewährleisten. Gleichzeitig wollte sie so der Öffentlichkeit zeigen, dass sie die Situation beherrscht. Aber die Situation der Versorgung war so schlecht, dass manchmal auch die Mitglieder der Volkswehr selbst raubten und stahlen.

Wie schon erwähnt wurde, neben der Sicherstellung der Sicherheit auf den Straßen, sollte die Volkswehr auch die tschechischen Soldaten daran hindern, das Gebiet des Deutschböhmens zu besetzen.

Die Besetzung des deutschen Grenzgebiets begann Anfang November 1918. Der Anlass für eine größere Aktion war der Fakt, dass die Deutschen in Most die für das Inland bestimmte Kohle aufhielten. Deshalb entschied sich Prag, am 27. November 200 tschechischen Soldaten dorthin zu schicken, die wieder die Lieferung ins Inland gewährleisten sollten. Sollten die folgenden Ereignisse in Most (Brüx) dadurch verursacht haben, dass es die erste große tschechoslowakische Besetzungsaktion war, oder dass die Deutschen das wichtigste, was sie in der Provinz hatten, verteidigen wollten, dass erfahren wir

wahrscheinlich nie genau. Was aber sicher ist, dass die Besetzung der Stadt Most und ihrer Umgebung die einzige Aktion war, wo es zwischen den tschechoslowakischen Einheiten und tschechischen Deutschen zu einem größeren Kampf kam. Die tschechischen Soldaten aus Prag kamen am Abend des 27. November auf den Brüxer Bahnhof an, den sie gleich besetzten. Der hiesigen Volkswehr gefiel ihr Vorgehen nicht und entschied sich, mit den Soldaten zu kämpfen. Die ersten Schießereien brachen noch in der Nacht los, und die Kämpfe setzten sich auch am nächsten Tag fort. Es wurde praktisch den ganzen Donnerstag, den 28. November geschossen. Neben den Gewehren wurden auch Maschinengewehre benutzt. Der deutsche Widerstand hörte erst dann auf, als gegen Abend die Verstärkung der tschechischen Soldaten mit zwei Kanonen ankam. Während der Kämpfe sollen insgesamt zehn Personen gefallen sein, neun Tschechoslowaken und ein Deutscher.

Die weitere Besetzung, die bis Ende Dezember dauerte, war nicht mehr so dramatisch. Ab und zu kam es zu Kämpfen, aber es gab nie so viele Tote wie in Brüx.

Die Besetzung der Provinz spielte sich in zwei Linien ab. In der ersten wurden die deutschen Kasernen und somit auch die Stadtverwaltung von den hiesigen Tschechoslowaken besetzt. Es waren vor allem Mitglieder des Sokol (Sportverein) und demobilisierte Soldaten der tschechoslowakischen Nationalität, die dann durch die kommenden militärischen Einheiten ersetzt wurden, die sich aus französischen und italienischen Legionären oder aus Tschechoslowaken bestanden, die gerade in die neu gebildete tschechoslowakische Armee versetzt wur-



den. In zweiter Linie, wenn es keine hiesige tschechoslowakische Minderheit gab, besetzten die Soldaten aus dem Inland die Stadt. Wie schnell sie kamen, war davon abhängig, wie schnell man in Prag das Heer organisierte.

Eine wichtige Rolle spielte bei der Besetzung die Eisenbahn, die sog. „Nordbahn“, die von Prag, durch Kralupy (Kralup an der Moldau), Lovosice (Lobositz), Ústí nad Labem (Aussig), Teplice (Teplitz) und Chomutov (Komotau) nach Karlovy Vary (Karlsbad) und weiter nach Cheb (Eger) führte. Die Landesregierung beobachtete aufmerksam das tschechoslowakische Fortschreiten auf dieser Bahn, weil gerade sie die Hauptverbindung mit dem Inland war, und von dort kamen die militärischen Einheiten. Am 23. November wurde die ganze Nordbahn von den tschechoslowakischen Soldaten besetzt. So wurde die Provinz von der Versorgung abgeschnitten und gleichzeitig verschwand jede Chance auf eine sinnvolle Verteidigung. So konnten und fuhren in die Provinz Züge mit tschechoslowakischen Einheiten, ohne Möglichkeit sie zu verhindern und etwas dagegen zu tun.

Nach Kadaň (Kaaden) kamen tschechoslowakische Soldaten am 24. Dezember 1918. Seit fünf Uhr morgens begann die Sicherungstruppe, die von dem 74. Reservegiment in Jičín (Jitschin) unter der Leitung des Oberleutnants Třešňák geschickt wurde, die Stadt zu besetzen. Diese Gruppe hatte 150 Männer unter der Leitung von 4 Offizieren. Die hiesige Volkswehr übergab ihre militärischen Einrichtungen ohne Gegenwehr. Zur gleichen Zeit verließ sie die Burgkasernen, wohin das tschechische Heer einzog.

Die Besetzung der Städte brachte für ihre deutschen Bewohner eine positive und eine negative Folge. Leute

schätzten, dass mit den tschechischen Einheiten auch die Beruhigung der „unruhigen“ Straßen kam. Es drohte keine Plünderung mehr, die es fast jeden Tag gab oder drohte, und das vor allem in den größeren Städten.

Andererseits kamen mit den Soldaten auch Streit und Erniedrigung der zivilen Bevölkerung. In Kaaden bemühte sich die Stadtverwaltung mit der Kommandantur der Besetzung gut auszukommen, aber es gelang trotzdem nicht, den Konflikt zu vermeiden. Die Soldaten begannen Hauskontrollen zu machen, die Symbole der alten Monarchie zu beseitigen und durch die tschechische Symbolik zu ersetzen. Daraufhin reagierte die Stadtverwaltung damit, dass sie am 10. Januar aufhörte, Kartoffeln vom Stadtvorrat abzugeben und den Fußboden in der Kaserne zu reparieren. Wie sie in dem Beschluss an den Besatzungskommandanten schrieb, die Reparatur ist zwar möglich, aber nur von dem Teil, den die tschechischen Soldaten nicht begehen.

Zu den Streitereien zwischen der Stadtverwaltung und den Kommandanten einzelner Besetzungen kamen noch Probleme, die die Besatzung – simple Soldaten, gezielt heraufbeschworen. Für sie war die Verlockung zu groß, als dass sie widerstehen konnten. Ihrer Meinung nach gaben sie den Deutschen nur das, was sie verdienten. Die Kommandanten versuchten diese Delikte zu vermeiden, aber alles konnte man nicht verhüten.

Am 2. Januar 1919 traf Josef Kosch, Kaadner Viehhändler mit Musik marschierende Soldaten. Er stand ruhig an der Ecke eines Hauses, als ein vorbei marschierender Soldat ihm das Grußwort „Nazdar! (Servus!)“ rief. Er rief zurück. Als der Soldat ihn hörte, sprang er

auf ihn zu und im gleichen Augenblick wurde er von der ganzen Soldatengruppe umringt. Er wurde gezwungen mit ihnen auf den Marktplatz zu gehen, wo er mit unbedecktem Kopf tschechische Lieder singen musste und dabei sollten die Soldaten auf ihn mit Bajonetten und Revolvern zielen. Ein Soldat sollte sagen: „Jetzt werden Sie erst sehen, unter welche Hände Sie gekommen sind und was wir mit Ihnen werden machen.“ Dann musste er mit ihnen die Kaserne in der Burg gehen. Dort sollten sie ihn wieder beschimpfen und auf ihn spucken. Einer der Soldaten sollte ihn sogar mit den Worten „Das ist der Kaiser Wilhelm und das ist der Kaiser Karl“ ohrfeigen. Nach und nach sollten auch die anderen sich anschließen. Das wurde erst beendet, als ein Offizier kam und es verbot. Wie dann Josef Kosch in seiner Aussage im Rathaus angab, war er 59 Jahre alt und im Krieg verlor er beide Söhne, davon war einer Kapitän. Seine Söhne sollten seine Stütze am Lebensabend sein. Statt dessen erlebte er eine solche Handlung.

Diese Geschichte erzählte ich hier nicht deswegen, dass ich zeige, wie gewaltsam sich die tschechoslowakischen Soldaten während ihres Aufenthalts im Grenzgebiet benahmen. Mein Ziel ist es auf die Tatsache hinzuweisen, wie das Heer von den Bewohnern aufgenommen wurde. Beim Lesen ähnlicher Berichte muss man sich einer Sache bewusst werden, dass es von der Betrachtungsweise auf die Sache nicht das wichtigste ist, was los ist, sondern das, was man denkt, dass los ist. Nachdem man sich dann benimmt und handelt. Ich denke nicht, dass alle Soldaten sich gleich benahmen, aber das spielte hier keine Rolle. Die Bewohner des Grenzgebiets

glaubten auf Grund dieser verbreiteten Nachrichten, dass jeder Soldat sich gleich benimmt und das heißt antideutsch. Höchstwahrscheinlich wollten sie es auch glauben, denn es passte zu ihrem Bild der Situation. Unter diesen Umständen kann man sich nicht wundern, dass die Mehrheit der tschechischen Deutschen kein positives Verhältnis zu der neu gebildeten Tschechoslowakischen Republik hatten. Sie verstanden die Republik durch das Benehmen und Handeln der Soldaten im Grenzgebiet, und je unerträglicher das Benehmen der Soldaten war, desto größeres Gefälle öffnete sich in ihrer Wahrnehmung.

Die Tschechoslowaken nahmen den tschechoslowakischen Staat und damit auch die Besetzung des Grenzgebiets als Gerechtigkeit, die sie endlich nach Jahren bekamen. Die deutsche Bevölkerung nahm die neue Republik und ihre Repräsentanten (Soldaten) als große Ungerechtigkeit auf, gegen die jahrhundertelange deutsche Tradition im Grenzgebiet spricht.

Es bleibt nur ergänzen, dass der Sitz der Landesregierung des Deutschböhmen Reichenberg, am 14. Dezember 1918 besetzt wurde. (Die ganze Provinz wurde bis Ende Dezember besetzt.) Die Mehrheit der Regierungsmitglieder wartete nicht, bis die Soldaten ankamen und verließ die Stadt schon vorher. Am 10. März befand sich die Regierung, oder mindestens ein Teil von ihr in Žitava (Zittau) im preußischen Schlesien. Von hier verlagerte sie sich nach Dresden, wo sie ihr Hauptlager aufschlagen wollte. Es war logisch, weil von Dresden es nach Deutschböhmen nicht weit ist, was günstig für die Verbindung mit der Provinz war. Aber die sächsische

Regierung bewilligte ihr den Aufenthalt nicht. Deutschland, Sachsen miteinbezogen, wollte nämlich keine unnötigen Streitereien mit der Tschechoslowakei, weil es genug eigene Probleme hatte, um noch mehr neue Probleme wegen dieser Problematik zu machen, durch die es nichts gewinnen konnte. Darüber hinaus wurde die Tschechoslowakei durch das Abkommen unterstützt und jeder Streit würde durch diese Betrachtungsweise genommen. Deshalb musste die Landesregierung nach Wien umzuziehen.

## Warum wurde es demonstriert?

Zum anlassenden Mechanismus für die Demonstrationen im März wurde der Streit um die Wahlen in die österreichische Konstituierende Nationalversammlung (Parlament). Mit der Teilnahme der Bewohner an diesen Wahlen wollte die Regierung des Deutschböhmens zeigen, dass das Grenzgebiet sich nicht als ein Bestandteil der Tschechoslowakei fühlt, sondern als Teil des neu entstehenden Deutschenösterreichs, in dessen Parlament sie auch seine Vertretung haben wollte. Damit sollte sich die Friedenskonferenz in Paris beschäftigen.

Prag betrachtete selbstverständlich die Situation vom anderen Gesichtspunkt aus. Politisch genommen war es klar, dass solche Wahlen im Grenzgebiet nicht erlaubt werden durften, weil so Prag seinen Anspruch an das gegebene Gebiet vor der Pariser Friedenskonferenz negieren würde. Wie es für diese Zeit typisch war, erschien wieder das alte Problem. Beide Seiten waren überzeugt, dass sie Recht haben. Aus Prager Sicht war es richtig, die Wahlen zu verhindern, aus der Sicht des Deutschböhmens war es richtig, die Wahlen durchzuführen.

Es wurde erwähnt die Pariser Friedenskonferenz und das, wie betrachteten sie beide Seiten. Es ist nämlich wichtig sich einer Sache bewusst sein – dass das Ergebnis des Streites, auch wenn er sich im Grenzgebiet abspielte, davon abhängig war, wie sich die Herren auf der

Pariser Friedenskonferenz entscheiden. Das wussten beide Seite. Und deshalb benutzten sie reichlich propagandistische Methoden, die im Grenzgebiet keine Bedeutung hatten. Es ging nur um Beeinflussung der Pariser Friedenskonferenz.

Am 7. Dezember 1918 bekam die Kommandantur der tschechischen Deutschen von der zentralen Regierung in Wien die Information, dass die Wahlen Mitte Februar durchgeführt werden sollen. Es wurden einzelne Bezirkswahlkommission oder Wahlgruppen gebildet, die sich aus den Vertretern aller politischen Gruppierungen zusammensetzten, die im Deutschböhmen kandidierten.

Die allgemeine politische Losung aller Parteien ohne Unterschied war das Recht der Deutschen auf die Selbstbestimmung. Sie beriefen sich auf einen der Punkte des amerikanischen Präsidenten Wilson, laut dessen jedes Volk das Recht darauf habe, selber zu bestimmen, in welchem Staat es leben wolle. Solange tschechische Deutschen das Geschehen in den tschechischen Ländern bestimmten, wollten sie den Tschechen kein Recht auf die Selbstbestimmung zugestehen. Als sich die Situation drehte und die Tschechen das Hauptwort gewannen, begannen tschechische Deutschen sich auf das Recht der Selbstbestimmung zu berufen. Das wollten aber die Tschechen den Deutschen nicht zugestehen, weil sie aufgrund dieses Rechtes ihren Staat schufen.

Im Dezember herrschte in der Provinz der Glaube, dass es möglich ist, die Wahlen zu realisieren. Dasselbe darf man nicht über den Januar behaupten, wann allen interessierten Personen klar wurde, dass Prag einfach die Durchführung der Wahlen nicht gestattete. Und falls

ja, dann unter den Bedienungen, die im Grenzgebiet herrschen, werden alle Wahlen verzerrt und somit auch ungültig.

Die Landesregierung bekam immer mehr und mehr Beschwerden über die Gehaltlosigkeit solcher Vorwahlagitationen. Tschechische Ämter verfolgten hart jede Vorwahlbemühung, so dass man nicht von regulären Bedingungen sprechen konnte.

Die führenden Vertreter der tschechischen Deutschen in Wien entschlossen letztendlich, dass die Wahlvorbereitungen nur zu einer bestimmten Plattform für die Anheizung der Agitation auf das Recht auf die Selbststimmung unter den Menschen wird. Aber die Realisation der Wahlen sei nicht möglich, weil man vermute, dass die tschechoslowakischen Ämter der Realisation der Wahlen behindern werden. In einzelne Städte im Grenzgebiet wurden dann Instruktionen geschickt, dass man die Wahlvorbereitungen fortsetzen sollte, als ob die Wahlen normal durchführen werden. (Das heißt, die Anheizung der Agitation auf das Recht auf die Selbststimmung.) Gleichzeitig sollten sie aber darauf vorbereiten sein, dass die Provinzvertreter mit Hilfe eines Notparagrafen in dem Wahlgesetz bestimmt werden. Das hieß, dass sie in die Nationalversammlung nach einem bestimmten Schlüssel gewählt werden.

Mit dieser Entscheidung wurde noch mehr Öl ins Feuer gegossen. Im Grenzgebiet war die Situation dank täglichen Streitereien zwischen den Soldaten und der zivilen Bevölkerung bis zum Zerbrechen gespannt und jetzt noch das. Durch die Vorwahlagitation wurde die Leuten in dem Glaube gehalten, dass die Wahlen durch-

geführt werden. Man weckte in ihnen falsche Hoffnung, die mit der Realität nichts zu tun hatte. Und als sie während der Demonstration am 4. März aus dieser Hoffnung hart aufwachten, war es nicht mehr möglich ihre angestauten Emotionen, die mit den Emotionen der Soldaten zusammenstieß, zu kontrollieren.

Eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der explosiven Situation spielte auch die Regionalpresse. Täglich erschienen Artikel über das Recht der tschechischen Deutschen auf die Selbstbestimmung. Neben den Artikeln wurde auch reichlich über alle Streitereien zwischen der Bevölkerung und den Soldaten referiert, die sich im ganzen Grenzgebiet abspielten.

Ab dem 21. Februar erschienen in den Zeitungen überdies propagandistische Losungen, die die Regierung des Deutschböhmens über ihre Mittelspersonen drucken ließ. Alle Losungen waren im gleichen Geiste, sie verlangten nach dem Selbstbestimmungsrecht. (Zum Beispiel am 27. Februar erschien in der Komotauer Zeitung „Deutsches Volksblatt“, die selbstverständlich auch nach Kaaden distribuiert wurde, diese Losung: *„Erst die Erfüllung des verlangten Selbstbestimmungsrechtes der tschechischen Deutschen befreit uns von den niederträchtigen Ketten der politischen, nationalen und wirtschaftlichen Unterdrückung.“*

Am 3. März wurden alle Angehörigen des deutschen Volkes aller Städte und aller Berufe aufgefordert, dass sie am nächsten Tag in großer Menge auf ihren Marktplätzen erscheinen.

Hier muss ich endlich schreiben, warum die Demonstrationen in den deutschen Städten gerade am 4. März

stattfanden. Als schon klar war, dass Prag die Wahlabhaltung im Grenzgebiet nicht zulässt, entschied sich die Regierung des Deutschböhmens an dem Tag Demonstrationen zu organisieren, an dem sich zu ihrer ersten Sitzung die neu gewählte Nationalversammlung in Wien trifft. Und es war genau am 4. März. Und diese Volksproteste konnte Prag auch mit seinen Soldaten nicht abwenden.

Es ist nötig, sich der Sache bewusst zu werden, dass die Demonstrationen nicht deswegen durchgeführt wurden, um den tschechoslowakischen Politikern in Prag zu zeigen, dass die tschechischen Deutschen mit ihnen nicht in einem Staat leben wollen. Das wussten sie ganz gut. Das Ganze wurde für die Pariser Friedenskonferenz arrangiert. Dorthin zielte die Botschaft. Und gerade wegen Paris forderten die tschechischen Deutschen das Recht auf die Selbstständigkeit, denn – wie ich schon erwähnte – das war das Motto des amerikanischen Präsidenten Wilson. Und es gab die Hoffnung, dass gerade deswegen die Botschaft in der Friedenskonferenz Gehör fand.

## **Demonstration am 4. März 1919 in Kaaden**

Die Proteste am 4. März 1919 wurden von der Sozialdemokratie organisiert. Wie ich schon erwähnte, wurde für den 4. März die Einführungssitzung der Nationalversammlung in Wien einberufen. Durch die Demonstrationen und dem Generalstreik in ganz Deutschböhmen (miteinbezogen andere deutsche Gebiete von Böhmen und Mähren) wollte die Sozialdemokratie ihre widersprüchliche Einstellung dazu, dass tschechische Deutschen nicht in der Versammlung wählen durften, ausdrücken. Warum gerade Sozialdemokratie? Es war gerade diese Partei, die damals auf der Spitze des politischen Lebens in Deutschböhmen stand und die durch Abhaltung der Manifestationen sie ihre Initiative vor anderen Parteien halten wollte.

Die Demonstrationen am 4. März verliefen in allen Städten des Grenzgebiets und oft auch außerhalb. Dort, wo die Sozialdemokratie nicht ihre lokale Organisation hatte, nahm sich der Organisation eine andere Partei an. An diesem Tag standen alle Parteien in einem Block. Auf die Demonstration wurden Leute durch Zeitungsartikel oder Flugblätter aufmerksam gemacht, für dessen Ankleben die Organisatoren sorgten. Weil die Demonstration zugleich auch der Generalstreik war, wurden zu gleicher Zeit Anliegen an Direktoren verschiedener Betriebe geschickt, dass sie zur bestimmten Stunde – der

Anfang der Demonstration wurde nicht festgelegt – ihre Arbeitnehmer von der Arbeit gehen lassen, um an der Aktion teilnehmen zu können.

In Kaaden versandte die Sozialdemokratie solches Flugblatt:

*„Euer Wohlgeboren! Die Arbeiterschaft Deutschböhmens wird Dienstag den 4. März 1919 3 Uhr Nachmittags in allen Bezirksstädten grosse Manifestationsversammlungen veranstalten. Der Zweck dieser Versammlungen ist, den schärfsten Kampf gegen die Unterdrücken und Drangsalierungen denen das deutsch Volk ausgesetzt, aufnehmen. Die wirtschaftliche und politische Not des Volkes zwingt die Organisationen des Proletariats öffentlich und in grossen eindrucksvollen Kundgebungen jene anzuklagen, die dafür die Antwortung tragen. Auch die Arbeiterschaft des Kasdner Bezirkes veranstaltet am 4. März nach 4 Uhr nachmittags in Kaaden eine grosse Volksversammlung mit der Tagesordnung: Die Forderung WILSONS nach dem SEBSTESTIMMUNGSRECHT und die Lage ARBEITERSCHAFT. Wir ersuchen Euer Wohlgeboren, der Arbeiterschaft Betriebes den Dienstag nachmittag freizugeben.*

Jede Demonstration hatte ihren spezifischen Verlauf. Zentral wurden nur die Themen der Proteste gegeben: das durch die 14 Wilsons Punkte formulierte Recht auf die Selbstbestimmung und die Position der Arbeiterschaft in Deutschböhmen. Auch wenn die Proteste spezifisch waren, waren sie sich doch in vielem ähnlich. Die Ähnlichkeit ging vor allem von den einheitlichen äusserlichen Bedingungen, in den sich die Bevölkerung des Deutschböhmens befand. Das einzige, in dem sie sich unterschieden, war das Ausmaß der Scharmützel der protestierenden Volksmenge mit den tschechoslowaki-

schen Soldaten in verschiedenen Städten. Dank dessen gliederte sich von allen Städten des Deutschböhmen eine kleine Gruppe von sechs Städten und Städtchen aus, wo während der Zusammenstöße mit Soldaten am Tag der Proteste fast 30 Menschen erschossen wurden. Es gab Opfer in Kaaden, Karlsbad, Eger, Aussig, Stříbro (Mies) und Hostinné (Arnau). Verlust an Toten erlitt auch Šternberg (Mährisch-Sternberg) in der Provinz Sudetenland, wo 15 deutsche Zivilisten und 2 tschechoslowakische Soldaten erschossen wurden.

Den konkreten Verlauf der Kaadner Demonstration bearbeitete ausgezeichnet PhDr. Kateřina Mertová, von derer Arbeit ich beziehe.

In Kaaden begann alles um 16 Uhr. Um diese Zeit rief die deutsche Sozialdemokratie in das Gartenrestaurant Strělnice (Schützenhaus) eine Protestversammlung über das Thema „Wilsons Ansprüche auf das Recht auf die Selbstbestimmung und die Stellung der Arbeiterschaft“ zusammen. Im Einklang mit den Instruktionen der Kreiskommandantur in Komotau, und auch gegenüber dem Gerücht über die Probleme in der Stadt, gab der Kommandant der Besatzung Oberleutnant Třešňák den Befehl, dass das Postgebäude auf dem Marktplatz Nr.65 (heute das Gebäude der Bank ČSOB) mit einem Maschinengewehr gesichert werden sollte. Das Maschinengewehr wurde im ersten Stock platziert, woher der Schütze den Marktplatz voll unter Kontrolle hatte.

Schon am Nachmittag kam es zu Bildungen kleinerer Menschenansammlungen auf dem Marktplatz, aber das Hauptgeschehen begann erst nach 14 Uhr, als sich eine größere Menschenmenge auf dem Marktplatz zusam-

menrottete. Gegen drei Uhr nachmittags ging durch die Stadt der Demonstrantenzug ausgehend von Klášterec nad Ohří (Klösterle an der Eger) und steuerte zu der Sitzung im Schützenhaus. Die Menschen aus Klösterle mischten sich in das Ereignis nicht ein, deshalb dürfen wir ihre Wirkung für die weitere Beschreibung der Situation auslassen.

Seit der Kaadner Besetzung von der Armee, flatterte auf dem Rathaus die tschechoslowakische Flagge. Jetzt erschien auch die deutsche Flagge. Darauf reagierte Třešňák damit, dass er eine Patrouille mit dem Botschaftschickte, dass er nichts gegen die Flagge hat, aber dass die tschechoslowakische Flagge ausgehängt bleiben muss. Dafür verbürgt sich der ganze Stadtrat.

Die Volksmenge auf dem Marktplatz begrüßte die deutsche Flagge mit Begeisterung, die nun dazu führte, dass die Stimmung begann aggressiv zu werden. Deshalb ließ Třešňák mit einem Soldatenkordon die Schlossstraße (heute Tyršova-Straße) sperren, um den Demonstranten den Zugang zu den Kasernen in der Burg zu versperren, als sie zu der Sitzung im Schützenhaus gingen. Die protestierende Menge begann – auch wenn sie die Möglichkeit hatte einen anderen Weg zu nehmen – aus Trotz gerade auf diesen Weg an den Kasernen vorbei zu dringen. Die Volksmenge begann die Soldaten, die auf Befehl die Straße versperrten, zu beschimpfen, bedrohen und an zu spucken. Es gelang ihnen sogar den Kordon ein bisschen zurück in die Straße zu drücken. Um weitere Eskalation zu vermeiden, vereinbarte Třešňák mit dem Bürgermeister Hergel, dass der Durchgang an der Burg vorbei, freigemacht wird.

Während des Durchgangs griffen einige Demonstranten die dort patrouillierende Soldaten an.

Auf Grund dieser Ereignisse entschied der Besatzungskommandant, dass es später wahrscheinlich zu weiteren Angriffen der, in der Stadt patrouillierende Soldaten kommen würde. Gleichzeitig fürchtete er, dass die Volksmenge die Kaserne angreifen könnte, denn auch solche Gerüchte ließen sich hören. Er ließ alle Patrouillen auf den exponierten Stellen, auf der Post und vor den Kasernen verstärken. Zusätzlich in alle drei Straßen, die vom Marktplatz zur Burg führten, ließ er Kondoren positionieren. Und für die Sicherheit befahl er noch ein Maschinengewehr in das Hotel Austria (heute das Haus des ehemaligen Hotels Svoboda) zu stellen, das die Besatzung auf der Post sichern sollte. Alle Soldaten sagten später aus, dass sie das strenge Verbot hatten, Waffen zu benutzen, mit der Ausnahme der notwendigen Selbstverteidigung. Genauere Instruktionen bekamen sie aber nicht.

An der Sitzung nahm in der zivilen Umkleidung auch ein Soldat der Besatzung, Rudolf Gloss, teil. Die Soldaten wollten Informationen darüber haben, was los ist. Auf Grund der Berichte von der Kommandantur, die über die geplanten Proteste und dank der Beobachtung der Unruhe in der Stadt, die sich auffällig vor dem 4. März erhöhte, ahnten sie eine große Aktion. Die Soldaten bemerkten, dass die Stimmung in der Stadt sehr gespannt ist, und deswegen wurden sie selbst nervös und mit Spannung erwarteten sie, was kommt. Deshalb wurde ein Späher zu der Sitzung im Schützenhaus geschickt.

Seiner Aussage nach war der Anfang sehr aggressiv und es gab Rufe zum Angriff auf die Kaserne. Deshalb versuchte Gloss wegzugehen, um seinen Kommandanten zu informieren, aber damit erweckte er die Aufmerksamkeit, wurde erkannt und musste flüchten. Es hieß, dass er aus dem Fenster im ersten Stock des Restaurants auf den mit Steinen gepflasterten Innenhof sprang. Dabei sollte er sich sein Bein gebrochen haben, aber auch mit seiner Verletzung schleppte er sich bis in die Kaserne, wo er seinen Kommandanten über den theoretischen Angriff informierte. Man muss nicht ergänzen, dass es die Soldaten nicht beruhigt hatte.

Über den weiteren Verlauf der Sitzung gab es keine genauen Informationen. Man weiß nur, dass der Bürgermeister zum Schluss alle Anwesenden aufforderte, dass sie auf den Marktplatz zurückgingen. Sie sollten aber Ruhe und Ordnung halten und alle Scharmützel vermeiden.

Nachdem die Demonstranten zur Sitzung gingen, blieb der Marktplatz fast leer und mit ihm auch das Rathaus. Das nutzte der Ratsherr Schlupeck mit dem Arbeiter Moritz aus, sie stiegen auf den Rathausturm und hingen hier die rote Flagge aus. Den leeren Turm nutzte auch der Musiker Weber, der sich mit dem Namen des Bürgermeisters schirmte und riss die tschechoslowakische Flagge herunter. Das merkten die Soldaten und es wurde eine Patrouille von den Kasernen mit dem Befehl sie zurückhängen geschickt. Die geschickte Patrouille gab die tschechische Flagge auf der Stelle zurück, aber ohne Befehl nahm sie die deutsche und die rote Flagge herunter. Zwei Soldaten blieben am Rathauseingang, die anderen kehrten in die Burg zurück.



Zwischen halb fünf und sechs endete die Sitzung im Schützenhaus. Ein Teil der Anwesenden ging nach Hause. Aber der größere Teil – mehr als tausend Personen ging auf den Marktplatz zurück. Unterwegs griffen sie wieder die patrouillierenden Soldaten an, die den Zugang zur Kaserne bewachten.

Die zurück kehrende Volksmenge kam auf den Marktplatz gerade in dem Moment, als auf dem Rathaus nur die tschechische Flagge hing. Gleich als sie es bemerkten, begannen sie stürmisch zu protestieren und energisch die Rückgabe der deutschen Flagge zu verlangen. In diesem Moment, im Moment des Streits über die ausgehängten Flaggen, begannen die Ereignisse ihren eigenen Verlauf zu bekommen, weil die Organisatoren auf der deutschen Seite und der Kommandant mit seinen Offizieren auf der tschechoslowakischen Seite, die Kontrolle über ihre Leute verloren.

Třešňák reagierte auf den deutschen Anspruch damit, dass er noch eine Patrouille mit der Instruktion zu dem Rathaus schickte, eine kompromissfähige Lösung anzubieten. Es sollte die rote Flagge als Symbol der Partei, die Proteste organisierte, ausgehängt werden. Und falls Leute auf die deutsche Flagge beharrten, sollte auch das akzeptiert werden. Bevor aber die Patrouille bis zum Rathaus kam, hing schon einer der deutschen Demonstranten die Flagge aus. Sie hing aber niedriger als die tschechoslowakische Flagge. Der Akt selbst – die deutsche Flagge auszuhängen – wurde von der Volksmenge mit Dank empfangen und sie begann das deutsche nationalistische Lied „Wacht am Rein“ zu singen. Gleichzeitig kam aber die Entrüstung über die

schmachvolle Stelle, die niedriger als die der tschechischen Flagge ist.

Inzwischen teilte sich die Volksmenge in zwei Gruppen. Der größere Teil, wo vor allem Frauen mit Kindern waren, blieb in der Mitte des Marktplatzes unter der Dreifaltigkeitssäule stehen. Sie beobachteten nur das Geschehen. Die kleinere, vor allem aus heißblütigen Studenten und jungen Leuten bestehende Gruppe, bemühte sich ins Rathaus einzudringen, und deshalb versammelte sie sich vor der Rathausstür. Sie benahmen sich sehr aggressiv. Sie bedrohten mit ihren Stöcken sogar den Bürgermeister, der ihnen zusammen mit den Stadtpolizisten das Eindringen ins Rathaus verhinderte. Die Burschen schrien sie an, schlugen mit ihren Stöcken um sich und dabei schlugen sie auf den Laubengang des Rathauses.

In diesem Moment erschien die Patrouille, die sich um die Flagge kümmern sollte. Den Marktplatz überquerte sie ohne Probleme, aber am Rathaus umringte sie das erregte Jungvolk, die sie mit hoher Wahrscheinlichkeit anzugreifen begannen. Ein Teil der Patrouille tritt, mit der Absicht auf den Turm zu steigen, in das Rathaus hinein, denn es solle dort eine Menschengruppe sein, die sich bemühe die tschechoslowakische Flagge herunterzureißen. Der Rest der Patrouille blieb vor dem Rathauseingang.

Der folgende kritische Moment, in dem es zum Schießen kam, wurde von beiden Seiten ganz verschieden geschildert. Die Soldaten beschrieben in ihren Aussagen die Prügel, Angriffe mit Steinen und die Bemühungen der Demonstranten an ihre Waffen zu kommen. Ein

Student solle auf einen Soldaten dann gezielt und auch geschossen haben. In diesem Augenblick wurde der Soldat von einem anderen Zivilisten hinunter gestoßen, dadurch traf ihn der Schuss nicht. Nach dem schießenden Studenten schoss ein anderer Soldat, der Soldat Železný. Diesen Schuss oder Schüsse verstanden andere Soldaten in Kordonen und an dem Maschinengewehr als unmittelbare Gefährdung ihrer Kameraden am Rathaus und eröffneten das Feuer auf die Volksmenge.

Die Kaadner beschrieben die unmittelbaren Momente vor dem Schießen anders. Sie sprachen von dem Scharmützel am Rathaus, während dessen ein Junge auf einen Soldaten ein Stück trockenen Mörtels geworfen haben sollte, der sich dort wegen gerade durchführender Reparatur des Rathauses befand. Dieser Grund zum Schießen teilte auch das Kaadner Rathaus mit. Und gerade auf diesen Wurf mit Mörtel solle ein Soldat mit dem Schießen aus seinem Gewehr reagiert haben.

Heute sind wir nicht mehr fähig – falls keine unbekannte Quelle erscheint, die diese Ereignisse objektiv beschreiben kann – genau bestimmen, wer den Anlass zum Schießen gab. Jedenfalls die Folgen waren erschütternd. Als die Schüsse vom Rathaus erschallten, reagierten die Soldaten in Kordonen, die den Marktplatz absperren, spontan. Sie zielten mit ihren Gewehren auf die Volksmenge und lösten den Abzugsbügel aus. Es wurde auch das Schießen des Maschinengewehrs auf der Post bewiesen. Und gerade seine Einwirkung hatte die schlimmsten Folgen.

Nach der Aussage des Kommandanten des Maschinengewehrs und seines Schützen, des Soldaten Štastný,

eröffnete er das Feuer in dem Moment, als der Schuss vom Rathaus schallte und gleichzeitig jemand auf das Postgebäude los schoss. Der Schuss soll an seinem Kopf vorbeigeflogen und in die Wand eingeschlagen sein, wo er später gefunden sein soll. Der andere Schuss soll den Ofen hinten im Zimmer getroffen haben. Auf Grund der Schüsse fühlte sich der Schütze so bedroht, dass er das Schießen mit dem Maschinengewehr für eine adäquate Verteidigung hielt. Aber wie er anführte, schoss er nicht in die Volksmenge, aber vor sie. Er schoss zweimal, aber es ging – nach seinen Worten – um keine Beschießung. Insgesamt sollen 54 bis 58 Patronen geschossen worden sein. Die Zahl der Schüsse bei den Soldaten mit Gewehren kontrollierte niemand, so können wir heute nicht sagen, wie viele Schüsse insgesamt gefallen sind.

Die Zeitzeugen erinnern sich, dass nach dem Schießen beide Seiten für einen Moment vor Staunen sprachlos da standen. Jeder von den Anwesenden war entsetzt, was passierte. Später wurden Patrouillen geschickt, die gewährleisten sollten, dass die Bewohner in ihren Häusern blieben. Das verstanden aber die Bewohner nicht, weil sie dachten, dass die Soldaten die Verletzten totschlagen wollen. Es kam zu weiteren verbalen Angriffen und gegenseitigen Attacken, zum Glück schon ohne zu schießen.

Im Restaurant Slunce (Zur Sonne) wurde gleich eine provisorische Ambulanz aufgeschlagen, wo die nötigen ärztlichen Eingriffe ausgeübt wurden. Es gab aber so viele Verletzten, dass neben dem Kaadner Krankenhaus auch das Krankenhaus in Komotau sich um manche Verletzten kümmern musste. Es ging vor allen um

die ernsthaften Fälle, für die das Kaadner Krankenhaus nicht ausgestattet war.

Unmittelbar nach dem Schießen oder kurz danach starben in Kaaden 20 Personen. Unter den Toten gab es auch sehr viele Frauen und jüngeren Personen. Wie ich schon oben angedeutet habe, es wurde damit verursacht, dass die Warnschüsse aus dem Maschinengewehr auf der damaligen Post, vom Boden abprallten und eine Gruppe von Frauen und Kindern an der Pestsäule trafen. Bis zu dem Begräbnis, das am 8. März war, erhöhte sich die Zahl der Gestorbenen auf 24 Personen. Neben den Gestorbenen gab es auch viele Verletzten. Es handelte sich um 64 Personen. Manche Verletzungen waren sehr schwer und betrafen ihre Träger bis an ihr Lebensende.

Es gab Vermutungen, dass bei der Kaadner Demonstration das Heer „dum-dum“ Projektilen benutzte, die durch die Genfer Konvention verboten waren. (Es handelt sich um die Patronen mit abgeflachter Spitze. Bei ihrer Benutzung kommt es zu sehr schmerzhaften splinterigen Verletzungen.) Diese Theorie erschien gerade nach den typischen Verletzungen, die die Demonstranten erlitten.

Die Berichte über die angebliche Benutzung der verbotenen Munition ging um die Welt und bis heute gibt es Leute, die davon überzeugt sind. Die Realität ist aber anders. Als der Soldat, der die Warnschüsse aus dem Maschinengewehr abfeuerte, auf den Boden zielte, schlugen die Kugeln auf die Steine. Sie wurden so deformiert, dass sie dann wie die verbotene „dum-dum“ Munition wirkten. Es ging also um einen unglücklichen Zufall, mit dem der Schütze gar nicht rechnete.

Während der Untersuchung, die das Kaadner Rathaus führte, erschienen Zeugungsaussagen, dass nicht nur ein Maschinengewehr schoss, sondern auch das Maschinengewehr in damaligen Hotel Austria (heute das Gebäude des Hotels Svoboda). Das wurde aber nicht bestätigt. Wenn es wirklich so wäre, wären die Folge des Schießen viel schlimmer.

Gleich nach dem Ereignis gab es mehrere offizielle Untersuchungen. Von der tschechischen Seite untersuchte die Sache die Besatzung in Kaaden, dann Landeskommandantur – konkret Major Hrbek. Er ging von der Untersuchen der Besatzung und von der Aussagen einzelner Soldaten aus. Die Schuld sollte nur auf der deutschen Seite sein. Von seinem Bericht ging dann auch der Bericht des Landeskommandanten vom 12. März für das Ministerium des Nationalverteidigung aus. Man kann sich nicht wundern, dass auch der Landeskommandant die Handlung der Soldaten verteidigte und suchte bei ihnen die Schuld nicht.

Auf der deutschen Seite untersuchte die Sache das Kaadner Rathaus mit dem Bürgermeister Hergel. Auf Grund der Zeugenaussagen – der Teilnehmer an der Demonstration, wurde eindeutig die Schuld den tschechoslowakischen Soldaten zugesprochen.

Beide Seiten bestätigten sich ihre Betrachtungsweise und beabsichtigten nicht, sie zu ändern.

Spätere Untersuchung der Historiker konnte manche Mythen dementieren, zum Beispiel über die Projektilen „dum-dum“. Aber genau bestimmen, wer die Verantwortung für das Schießen in Kaaden trägt, kann niemand mehr sagen.

Es gab bestimmt ein Mensch, der als der erste aus bestimmten Gründen den Auslöser druckte, oder einen Vorwand hervorrief, auf Grund dessen die Waffen benutzt werden mussten. Aber diese Sache ist bei der Frage - WARUM WURDE ES GESCHOSSEN - nicht die wichtigste. Am wichtigsten ist die Frage so stellen: Wie passierte, dass am 4. März 1919 standen gegeneinander Menschen, die dann auch schossen? Somit möchte ich nicht individueller Verantwortung entziehen, aber ich sehe die Problematik als wichtigste, weil sie das folgende Geschehen beeinflusste.

Im Grunde genommen setzte im Grenzgebiet der Krieg fort. Es gab hier zwei „Generalstäbe“, einen stellte die tschechoslowakische Regierung in Prag dar, den anderen die Regierung des Deutschböhmens zurzeit in Wien. Ihre Heere bildeten auf einer Seite die tschechoslowakischen Soldaten, die oft Jahre im neulich beendeten Krieg verbrachten, auf der anderen Seite handelte sich um deutsche zivile Bevölkerung, darunter auch viele demobilisierte Soldaten der österreich-ungarischen Armee. Also auch hier fehlten die Kriegserfahrungen nicht. Und bestimmt auch zu Hause versteckte Waffen.

Beide Seiten wurden überzeugt Recht zu haben und sie benahmen sich auch so. Unter diesen Umständen, kann man sich nicht wundern, dass es zum Schießen kam. Der Krieg ist einfach so.

Es ging selbstverständlich um keinen regulären Krieg auf einem Schlachtfeld, aber um einen Krieg auf dem diplomatischen Feld und auch auf den Straßen der Städte. (Damals war es Novum, heutzutage ist solcher Konflikttyp üblicher, wie zum Beispiel in damaliger Jugosla-

wien.) Eine Seite verteidigte ihre Ansprüche auf einen neuen Staat, die andere kämpfte darum, in welchem Staat sie ihr Zuhause haben wird.

Der größte Teil der Verantwortung für die Toten sehe ich deshalb bei der politischen Repräsentationen. Prag schickte ins Grenzgebiet das Heer, das sich dort oft benahm als ob es auf einem eroberten Gebiet befand. Die Landesregierung Deutschböhmens peitschte mit ihrer Wahlagitation - bei den deutschen Bewohner schon genug antitschechische Emotionen so auf, dass sie oft während der Demonstrationen nicht mehr zu korrigieren waren. Es genügte dann nur ein kleiner Streit, der nicht so wichtig war und in den Menschen fielen alle Hemmungen und sie begannen die Soldaten mit Waffen anzugreifen. Und denen genügte auch nur wenig, um - statt vernünftiger Handlung - den Auslöser zu drücken. Deshalb behaupte ich, dass beide Seiten ihren Teil der Schuld tragen.

## Auseinandersetzungen in anderen Städten

Bei der Beschreibung der Demonstrationen in den anderen Städten, gehe ich von den Berichten aus, die einzelne Stadträte an die Landesregierung des Deutschböhmens nach Wien schickten.

In Stříbro (Mies) fand die Demonstration auf dem Marktplatz unter der Teilnahme von circa eineinhalb tausend Menschen statt. Von dem Balkon des Hotels sprach der hiesige Vertreter der Sozialdemokratie. Danach begab sich die Volksmenge durch die Stadt, ging durch einige Straßen und kehrte wieder auf den Marktplatz zurück. Dort sangen die Demonstranten das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“, als Zeichen der Beendigung der Demonstration. Manche Leute sangen mit dem Text in der Hand. Ein Stadtpolizist tschechischer Herkunft reagierte auf die deutsche Hymne damit, dass er begann, manchen Leuten die Texte aus der Hand zu reißen. Die Betroffenen beschränken sich nur darauf, „pfui“ zu rufen und nicht mehr. Laut der Akten der Stadtvertreter aber genügte auch das schon, dass eine Gruppe von ungefähr 15 Soldaten, die auch auf dem Marktplatz stand, begann in die Volksmenge zu schießen. Es gab einen Toten, einen schwer und einen leicht Verletzten.

Die Auseinandersetzung der Bürger in Eger mit dem Heer geschah nicht – im Unterschied zu den anderen Städten – am 4. März sondern schon am 3. März. An

diesem Tag klebten Soldaten in der ganzen Stadt die Bekanntmachung des Obersts Slezáček an, der der Kommandant des tschechoslowakischen Heers in Deutschböhmen war. Die deutschen Bewohner wurden zu Ruhe aufgefordert. Die Bewohner, und vor allem Studenten hatten aber kein Einsehen für die Plakate und begannen sie herunterreißen. Darauf reagierte die Egerer Besatzung und verhaftete einige Studenten. Gleich als es sich in der Stadt verbreitete, bildete sich eine neue Studentenschar, die singend bis zu der Kaserne ging, wo sie die Entlassung der Häftlinge verlangte. Wie es dann in dem Egerer Kalender für das Jahr 1920 stand, begannen die Soldaten in die Studentenmenge zu schießen, ohne irgendeine Aufforderung zum Auseinandergehen oder irgendeine Anweisung. Das Ergebnis waren drei tote Menschen. Um die Wahrheit zu sagen, die Soldaten würden auf die Studenten ohne irgendeinen Grund nicht schießen. Bestimmt entstand auch hier ein Konflikt zwischen beiden Seiten, der danach zu einem tragischen Ende eskalierte.

In Karlsbad schallten die Schüsse zwei Tage. Die Demonstration für das Recht auf die Selbstbestimmung am 4. März selbst verlief relativ ruhig. Es nahmen 18 bis 20 tausend Bewohner daran teil. Die Probleme entstanden erst später. Die Menschenmenge verlagerte sich von dem Versammlungsort vor das Hotel *Trautwein*, dem Sitz der hiesigen Besatzung. Dort kam es zu den Auseinandersetzungen mit den Soldaten, die draußen standen. Die Demonstranten schimpften mit den Soldaten und schrien „Pfui“ oder „Weg“. Laut Milan August, der sich der Bearbeitung der Karlsbader Demonstration

widmete, schoss jemand von der Volksmenge auf den tschechoslowakischen Unteroffizier, der sich bemühte, die Volksmenge zu beruhigen. Die Reaktion der Soldaten auf diesen Schuss war das Feuer auf die Volksmenge zu eröffnen. Auf der Stelle starben vier Männer und vier Leute starben später an ihren Verletzungen. Unabhängig von der Auseinandersetzung vor dem Hotel, wurde an dem Tag von der Volksmenge eine Patrouille angegriffen, als sie vom Bahnhof in die Kaserne zurückging. Das Ergebnis waren drei schwer verletzten Soldaten, zwei erlitten Stichwunden, der erste am Kopf, der zweite hatte eine Lungenverletzung, der dritte wurde am Kopf angeschossen. Am 5. März ging eine Patrouille durch die Stadt. Sie fing mit einer kleinen Gruppe einen Streit an, die die in einem Geschäft ausgehängte Zeitung las. Die Soldaten wollten einen Menschen der Gruppe verhaften. Als die anderen Menschen in der Gruppe begannen nach dem Grund der Verhaftung zu fragen, kam es zu einem Streit. Dabei wurde wieder geschossen. Man weiß nicht, welche der Seiten zuerst angefangen hat. Das Ergebnis war ein toter Student, der mit dem Streit gar nichts zu tun hatte.

Die Demonstration in Aussig hatte auch einen dramatischen Verlauf. In den Materialien spricht man über den Angriff auf die Soldaten durch die Menschenmasse, die versuchte die Soldaten zu entwaffnen. In dem Chaos, das herrschte, kam es zur Schießerei in der ein Mensch getötet wurde. Der Versuch eines Angriffs geschah auch bei der Wachstube, wo schon eine Schießerei drohte. Die Situation rettete der Vorsitzende des Bezirks-Nationalausschusses, der die Soldaten dazu zwang, sich

in die Wachstube zurückzuziehen. Die Menschenmenge versuchte dann sogar die Vertreter des Ausschusses anzugreifen, aber das verhinderte die Stadtpolizei. Auch in Aussig verlangte die Volksmenge die tschechische Flagge abzureißen und die deutsche aufzuhängen. Zum Glück spitzte sich die Situation nicht so wie in Kaaden zu, deswegen war die Zahl der Toten nicht so hoch.

In Hostinné (Arnau) fand eine Demonstration von zwei tausend Menschen auf dem Marktplatz statt. Nach dem, für die Regierung des Deutschböhmens bestimmten Berichts des Stadtrates, begannen die Soldaten ohne jede Vorwarnung in die Protestierenden zu schießen. Das Ergebnis waren zwei tote Menschen und einige Verletzten.

In Mährisch-Sternberg verlief der 4. März ein bisschen anders. Dort kam die Aktivität einseitig von der Seite hiesiger Bewohnern. Der Tag begann für die Demonstranten schon um 4 Uhr frühmorgens auf dem von Tschechoslowaken geführten Bahnhof, wo eine kleine Gruppe von Deutschen nach der Einstellung der Arbeit verlangte, damit der verkündete Generalstreik bestätigt wurde. Trotz des anfänglichen Erfolgs der Demonstranten sicherten dann doch die tschechoslowakischen Soldaten, dank der Verstärkung, die Fortsetzung der Arbeiten der Eisenbahner.

Das Geschehen verlagerte sich dann auf den Marktplatz. Gegen acht Uhr kam dort die Volksmenge zusammen, die durch ungefähr zwanzig junge Männern angeführt wurde, die die Kreiskommandantur besaßen, wo die Staatsdiener arbeiteten. Der Erfolg wurde mit dem Aushängen der deutschen Flagge bestätigt. Nach

der Besetzung der Kommandantur ging die Volksmenge vor die Wachstube, in der sich in dem Moment sieben Soldaten befanden. Sie versuchten sich zu wehren, aber unterlagen der Überzahl. Sie wurden geschlagen und entwaffnet. In diesem Moment schallten schon vom Marktplatz Schüsse. Zwei der Soldaten, die am Morgen von der Volksmenge angegriffen wurden, brachten inzwischen eine Verstärkung von einundzwanzig Soldaten, die hierher kamen um den Angegriffenen zu helfen. Sie stießen durch die Volksmenge, die sich bemühte sie zu entwaffnen. Plötzlich schallte ein Schuss und ein tschechoslowakischer Soldat fiel hin. Die Soldaten begannen im gleichen Moment mit dem Schießen in die Volksmenge, die nach der dritten Salve auseinander stob, aber von den Nebenstraßen zurück schoss. Die Verstärkung begann sich vom Zentrum zurückzuziehen. Beide Seiten schossen dabei aufeinander. Nach einem Schuss von der Volksmenge fiel ein weiterer tschechoslowakischer Soldat. Er war deutscher Nationalität. Die Situation wurde von der Besatzung erst dann wieder beherrscht, als Maschinengewehre in das Zentrum gebracht wurden und die Soldaten einige Warnschüsse in einer der Mauern schossen. Nachdem hörte die Bevölkerung auf zu schießen. Das Ergebnis des Kampfes waren fünfzehn tote Stadtbewohner und zwei Soldaten.

Es herrschen Widersprüche in der Frage, wie viele Menschen genau gefallen sind. Es scheint, dass bei den Soldaten es sicher ist. Zwei - einer tschechoslowakischer und einer deutscher Nationalität, beide in Mährisch-Sternberg. Neben den Toten gab es auch verletzte Soldaten. Die befanden sich in mehreren Städten.

Es gibt Unklarheiten bei der Zahl der deutschen Bewohner. Hier unterscheiden sich die Zahlen. Die ersten Zeitungsnachrichten sprachen über Hunderte von Toten und Verletzten. Manche wurden auch in der ausländischen Presse gedruckt. Die historischen Forschungen sprechen über Zahlen von 40 bis 72 Toten. Mein Recherchen gehen von den Berichten aus, die die Stadträte in der Provinz an die Regierung des Deutschböhmen schickten, um sie über den Verlauf der Demonstrationen, beziehungsweise über die Zahl der Toten zu informieren. In Kaaden starben unmittelbar nach dem Schießen oder kurz danach 20 Menschen, in Karlsbad 5, in Eger 3, in Arnau 2 und in Aussig und auch in Mies 1 Mensch. Insgesamt 32 Menschen. Wenn wir die Todesgeschützen nur während der Demonstrationen am 4. März rechnen, reduziert sich die Zahl um 3 Personen in Eger (am 3. März) und um eine Person in Karlsbad. Die unmittelbare Bilanz der Demonstrationen am 4. März 1919 in Deutschböhmen sind 28 Menschen. Zu diesen Toten muss man noch die Toten aus Mährisch-Sternberg dazurechnen. Podolský und Fiala kamen beim Rechnen der erschossenen Zivilisten von dem Partezettel aus, wo wurde fünfzehn Namen angeführt. Nach dem Zusammenrechnen sind es 43 Menschen und wenn wir dazu noch die 2 erschossenen tschechoslowakischen Soldaten rechnen, macht die Bilanz aller Erschossenen am 4. März in der Tschechoslowakei 45 Menschen.

Dazu muss man aber noch diejenigen rechnen, die am 3. und 5. März starben und die, die an ihren Verletzungen starben. Die Zahl der Gestorbenen erhöhte sich infolge der Verletzungen von 20 auf 24 Personen, und in

Karlsbad von 5 auf 9 Personen. Gesamt starben von 3. bis 5. März in Deutschböhmen 55 deutsche Bewohner der Tschechoslowakei. Und wenn wir dazu die 2 tschechoslowakischen Soldaten dazurechnen, haben wir 57 Opfer dreier Märztage.

Auf jeden Fall ging es um die größten Proteste, die sich in der erstrepublikanischen Tschechoslowakei abspielten. Nicht einmal die späteren Demonstrationen während der wirtschaftlichen Weltkrise waren so umfangreich.

Wie schon oben genannt wurde, zu der Endentscheidung sollte auf der Pariser Konferenz kommen. Es war am 10. September 1919, als Deutschösterreich den Friedensvertrag mit Siegermächten im Schloss in Saint-Germain unterschrieb. Im Rahmen dieses Vertrags verzichtete es sich auf seine Ansprüche auf das Grenzgebiet in der Tschechoslowakei. Gleichzeitig beendete die Landesregierung des Deutschböhmens ihre Tätigkeit, die dadurch den Sinn ihrer Existenz verlor.

## Rechtlichen Nachspiele

Dem rechtlichen Nachspiel der Kaadner Demonstration widmete sich in seiner Diplomarbeit „*Nachspiel und Konsequenzen*“ in sog. *Kaadner Ereignissen vom 4.3.1919*“ Petr Kožíšek. Diese Arbeit befindet sich im Kaadner Archiv. Manche seiner Erkenntnisse benutze ich in der weiteren Beschreibung. Es ist nur Schade, dass er beim Erstellen seiner Diplomarbeit nicht geschrieben hat, dass er aus meinen Bachelor- und Diplomarbeit schöpft. So sieht praktisch ein Drittel seines Textes als seins und nicht als die obligatorische Zitation von einer anderen Quelle. (Von gesamten 96 Seiten dieser „Kollegen“ kopierte er erfolgreich 28 Seiten von meinen Arbeiten.)

Wie ich schon erwähnte, von der tschechoslowakischen Seite wurde die Sache von der Armee untersucht. Obwohl der Bericht von Major Hrbek und auch alle anderen Berichte in einem positiven Sinne zu den eingreifenden Soldaten geschrieben wurden, wurde am 26. März 1919 bei dem Divisionsgericht in Theresienstadt gegen den Soldaten Štastný und Ženatý eine Strafverfolgung eröffnet. Die militärische Untersuchung begleiteten aber logistische Probleme. Die militärische Einheit wurde kurz nach der Demonstration verlegt und die Soldaten, die beschuldigt waren oder die man als Zeuge verhören sollte, wurden in verschiedene Ecken der Republik verlegt. Und zwar möglichst weit weg.



Das Theresienstadter Divisionsgericht musste während der Fahndung mit Gerichten in Komotau, Košice (Kaschau) oder in Užgorod (Ungwar) zusammenarbeiten. Beide fern liegende Gerichte schickten immer nach Theresienstadter Mitteilungen, dass die gesuchten Soldaten sich in ihrem Revier nicht befinden. Dank dieser Unordnung gelang es nicht alle Soldaten zu verhören. Auf Grund dem, was gesammelt wurde, wurde am 10. November 1920 von dem Divisionsgericht für die Beklagten eine Amnestie vorgeschlagen, weil „...es ist nicht möglich die Mordabsicht oder Absicht der schweren Körperverletzung zu beweisen.“ Am 6. Dezember ließ der militärische Prokurator von der Verfolgung aller Soldaten aus Kaaden ab und stellt einen Antrag, dass die Akten dem Ministerium der Nationalverteidigung vorlegt werden.

Neben der militärischen Untersuchung und Nachforschung des Kaadner Rathauses verlief auch eine gerichtliche Untersuchung bei dem Kreisgericht in Brüx. Leider verlor das Kaadner Rathaus die Akten während der 20-er oder 30-er Jahren selbst, als es sie von dem Brüxer Gericht abverlangte. Die Informationen über dieses Verfahren haben wir aus einer Akte des Kreisgerichts in Komotau, das Komotauer Ärzte und weitere Zeuge für das Brüxer Gericht verhörte.

Die Untersuchung selbst begann kurz nach der März-Demonstration, als eine Anklage gegen unbekannte Täter eingereicht wurde, und endete im Jahre 1924. Unter anderem erschien in dieser Akte auch die Aussage des Komotauer Chefarzt, dass – auf Grund der Verletzung – ein Opfer nach dem Treffer mit dem „dum-dum“ Projektil starb. Das Endverdikt dieses Gerichts lautete, dass die

Schuld am Tod der Demonstranten und des Toten selbst an ihnen liegt, denn sie provozierten die Soldaten zur Waffenverwendung.

Die deutsche Untersuchung der Demonstration wurde auch auf mehreren Fronten geführt. Als erste führte die Sache die Kaadner Polizei aus. Ihre Beschreibung des Ereignisses ist identisch damit, was das Kaadner Rathaus untersuchte und beschrieb. (davon schrieb ich schon vorher.) Der offizielle Bericht des Rathauses wurde am 7. März 1919 herausgegeben. Die Stadtführung beschrieb dann ihren Bericht ausführlicher im April, als er an das Innenministerium geschickt wurde. Im Grunde genommen zitiert sie nur das, was später zur offiziellen deutschen Betrachtungsweise wurde: In Kaaden fand eine ruhige Demonstration mit der Anzahl von 8000 Menschen statt. Alles verlief ohne Probleme bis zu dem Streit über die Flagge. Der Anlass zum Schießen sollte der Wurf mit dem Mörtel von einem jungen Mann auf einen Soldat gewesen sein, dessen Schuss zum Anlass des massiven Beschusses der ruhige Volksmenge wurde. Die Leute versuchten sich in den Nebenstraßen und in den Häusern zu verstecken. Auf die Verletzten, die versuchten aufzustehen, wurde erneut geschossen. Diese Version wurde später zu der propagandistischen Version der Sudetendeutschen und wurde oft in den zugespitzten Jahren vor dem Ende der ersten Republik ausgenutzt.

In diesem Bericht wurde weiter geschrieben, dass ein Teil der Verletzten eine Klage wegen Arbeitsunfähigkeit vorbereiteten. Neben dem wurde hier von der Notwendigkeit, sich um die Hinterbliebenen und Verletzten

in einer Form der entsprechenden sozialen Unterstützung zu sorgen ,gesprochen. In dieser Sache fuhr eine Deputation des Stadtrates zu dem Präsidenten der Republik Masaryk. Es sollte ihr versprochen werden, dass die ganze Sache untersucht werde und dass der Staat alle Kosten für die Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten mit dauerhaften Folgen bezahle.

In diesem Bericht erwähnt schon der Ausschuss die Pflege für die Hinterlassenen, der die Kommunikation mit den staatlichen Ämtern sichern sollte, mit der Absicht, den verlangten Schadensersatz zu bekommen. Der Ausschuss entstand am 25. März 1919. Obwohl den Kaadner Bewohner eine schnelle Handlung versprochen wurde, lief alles sehr langsam. Der Ausschuss verhandelte zuerst mit dem Verteidigungsministerium, das aber die ganze Agenda im Laufe der Zeit an das Innenministerium weiterleitete. Die Aktivität von der Seite des Ministeriums machte sich erst Anfang des Jahres 1921 bemerkbar, als eine Kommission zusammentrat, die auf Grund sorgfältiger Kontrolle der Eigentumsverhältnisse und ärztlicher Untersuchungen einzelner Antragsteller die Höhe der Entschädigung für jeden von ihnen bestimmte. Die Summen, die die Kommission bestimmte, waren im Vergleich mit den verlangten, sehr klein.

Auch wenn dieser Vorschlag schon auf dem Tisch lag, die Streitigkeit um die Auszahlung der bestimmten Summen dauerte weiter. Der Staat verwickelte die Verhandlung mit der Kommission in viele rechtliche Schlingen. Das Endergebnis war, dass von der ursprünglichen Liste von 56 Antragstellern, die Anfang Januar 1921 bearbeitet wurde, dann nur 12 Hinterlassene und 7 Verletzte

entschädigt wurden. Von der ursprünglichen Gesamtsumme, die alle Entschädigungen decken sollte und die von der Kommission in der Höhe von 2 488 103 Kronen vorgeschlagen wurde, blieb nur eine bescheidene Summe von 159 000 Kronen übrig.

Der Ausschuss fand sich aber damit nicht ab und dank weiterer Verhandlungen mit dem Verteidigungsministerium wurden dann noch bis Ende des Jahres 1921 einzelnen Hinterlassenen Summen im Gesamtwert zuerst von 18000 und dann 25000 Kronen erstattet. Nach allen Peripetien in der Verhandlung mit dem Staat aber blieben auch einige, die keine Entschädigung bekamen.

Neben der Entschädigung vom Staat, entstanden auch verschiedene Wohltätigkeitssammlungen in der deutschen Bevölkerung für die am meisten Geschädigten. Auch wenn diese Summen vielen halfen, hatte ein Teil der Hinterlassenen und Verletzten materielle Schwierigkeiten.

## Propagandistischer Missbrauch

Die sudetendeutsche und später die nazistische Propaganda missbrauchte im Laufe der folgenden Jahre die Demonstrationen und vor allem ihre Opfer. Von den tragischen Opfern, die zu einem Memento werden sollten, als die heftigen politischen Konflikte endeten, wurden die ersten sudetendeutschen Opfer des tschechischen Chauvinismus, sog. Märzgefallenen.

An ihren Märtyrertod wurde jedes Jahr erinnert. Je mehr sich die Konflikte zwischen der Prager Regierung und den Vertretern der Sudetendeutschen verstärkten, desto intensiver wurde mit dieser Karte gespielt. Die alljährliche Andenkenversammlung änderte sich in eine Manifestation gegen den tschechoslowakischen Staat.

Nachdem Kaaden im Jahre 1938 zu dem nazistischen Deutschland angeschlossen wurde, begann das Rathaus ein großes Denkmal vorzubereiten, das an die Kaadner Märtyrer erinnern sollte. Es ist nichts daraus geworden, aber es wurden zumindest die Gräber auf dem Kaadner Friedhof der propagandistischen Vorstellung angepasst.

Kurz nach dem Münchner Abkommen begann das Kaadner Rathaus mit der erneuten Untersuchung der März-Demonstration. Es wurden wieder derzeitige Zeugen verhört, es wurden neue Leichenprotokolle bearbeitet. Aber diese Bemühung stieß auf verlorene oder verschlammte gerichtliche Materialien, die bei einigen Gerichten ausgearbeitet wurden. Zum Beispiel, als das

Kaadner Rathaus eine Beantragung an das Brüxer Gericht schrieb, in der es das Leihen der Akten verlangte, antwortete der zuständige Beamte, dass das Rathaus schon einmal die Akten ausgeliehen habe und nicht zurückgeben habe. Ohne Erfolg war auch die Bemühung um die Aushändigung der Akten von dem Theresienstadter Gericht. Dies übergab die komplette Agende der Landeskommandantur in Prag und konnte der Kaadner Beantragung nicht entgegenkommen. Nach diesen Misserfolgen wurde die weiteren Untersuchungen eingestellt.

## Ende

Die Demonstrationen, die im Jahre 1919 im deutschen Grenzgebiet der neu entstandenen Tschechoslowakei verliefen, waren keine zufällige Erscheinung ohne Beweggrund. Es handelte sich um die Folgen der Streitereien zwischen Tschechen und tschechischen Deutschen, die schon einige Jahrzehnte dauerten. Es war aber zugleich auch kein Ende dieser Streitereien.

Der Streit darum, zu welchem Staat das Grenzgebiet – nach dem neulich beendeten Weltkrieg – gehören wird, wurde dann auf der Pariser Konferenz entschieden. Die Siegermächte neigten zu den Prager Anforderungen. Alle deutschen Bemühungen und Wünsche gingen dadurch zunichte.

Ein Teil der tschechischen Deutschen fand sich nie mit dieser Entscheidung ab. In den folgenden Jahren stellten sie in der Tschechoslowakei eine Gruppe dar, deren Hauptziel es war, tschechische und mährische Deutschen von dem tschechischen Joch zu befreien. Ihr erster Erfolg war die Bildung einer gemeinsamen Identität. Auf einmal sprach man nicht mehr über Deutsche aus Böhmen, Mähren und Schlesien, aber über Sudetendeutsche. In dem weiteren Kampf half dieser Gruppe die wirtschaftliche Krise, die mit voller Kraft auf das Grenzgebiet einfiel. Sozialprobleme, die die Krise mitbrachte, wurden in Nationalprobleme verwandelt und in dem Kampf gegen Prag ausgenützt. Aus dem Ausland half ih-

nen Adolf Hitler nach seinem Antritt an die Macht. Der Kampf wurde mit dem Münchner Abkommen im Jahr 1938 beendet, wo über die Abtretung des damaligen Sudetengebiets an das nazistische Deutschland entschieden wurde. Es brachte auch den Vertreibung der Bevölkerung mit tschechoslowakischer Nationalität mit sich. Der Höhenpunkt dieser Streitereien war dann nach dem zweiten Weltkrieg die – anfangs wilde, dann von dem Staat organisierte Aussiedlung der Sudetendeutschen, was diesen Streit für immer abschließen sollte.

Durch diese „Lösung“ wurde das Nebeneinanderleben der Tschechen und tschechischen (Sudeten)Deutschen beendet. Ihre gegenseitige Beziehung stellte im Rückblick eine ständig sich ändernde Sinuskurve dar. Die Spielregeln wurden einmal von den Deutschen, einmal von den Tschechen bestimmt. Jeder Sieg einer Seite in einem einzelnen Streit brachte größeres Verhärten bei der anderen Seite. Und es wurde mit Sehnsucht nach Vergeltung verbunden, die immer gewaltsameren Charakter gewann. Selbstverständlich nicht jeder Tscheche und nicht jeder Deutsche nahmen an diesem Streit teil. Es gab manche, die das Nebeneinander leben vorzogen. Aber die wurden immer überschrien und dann im Wirbel der Ereignisse mitgeschleppt.

Möglich heutzutage könnte diese friedliche Kraft ans Wort kommen ...

## Literatur und Quellen

Jiří Kopica: Proteste des deutschen Volkes gegen die Tschechoslowakei im März 1919 (Unpublizierte Bachelorarbeit, FF UP Olomouc). Olomouc 1999.

Jiří Kopica: Landesregierung Deutschböhmens (Unpublizierte Diplomarbeit, FF UP Olomouc). Olomouc 2003.

Petr Kožíšek: Nachspiel und Konsequenzen vom 4. 3. 1919 (Unpublizierte Diplomarbeit, PF UK Praha) Praha 2005.

Kateřina Mertová: Der 4. März 1919 in Kaaden, Vergangenheit des Westböhmischen Bezirks, Jahrgang 28 (1992), S. 221-231.

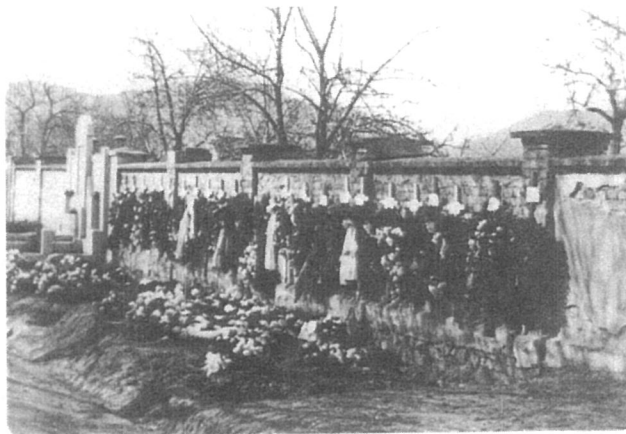
Jiří Kopica: Landesregierung Deutschböhmens in den Jahren 1918 und 1919. In: Deutschen in den böhmischen Ländern. Berichte der Gesellschaft für die Geschichte der Deutschen in Böhmen. III/2004. Ústí nad Labem 2004, S. 5-66.

## Danksagung

Für geliehene Fotografien und Hilfe bei der Suchung des ruhigen Asyls vor meinen lärmenden Töchtern danke ich den Arbeitern des staatlichen Archiv Komotau mit dem Sitz in Kaaden.

Weiter danke ich Mgr. Lenka Kratochvílová für die schnelle und korrekte Übersetzung.

Und allen anderen für Geduld ...



Pohřeb obětí. Smuteční věnce na hřbitovní zdi a hrobech obětí. / Begräbnis der Opfern. Trauerkränze an der Friedhofsmauer und auf den Gräben.



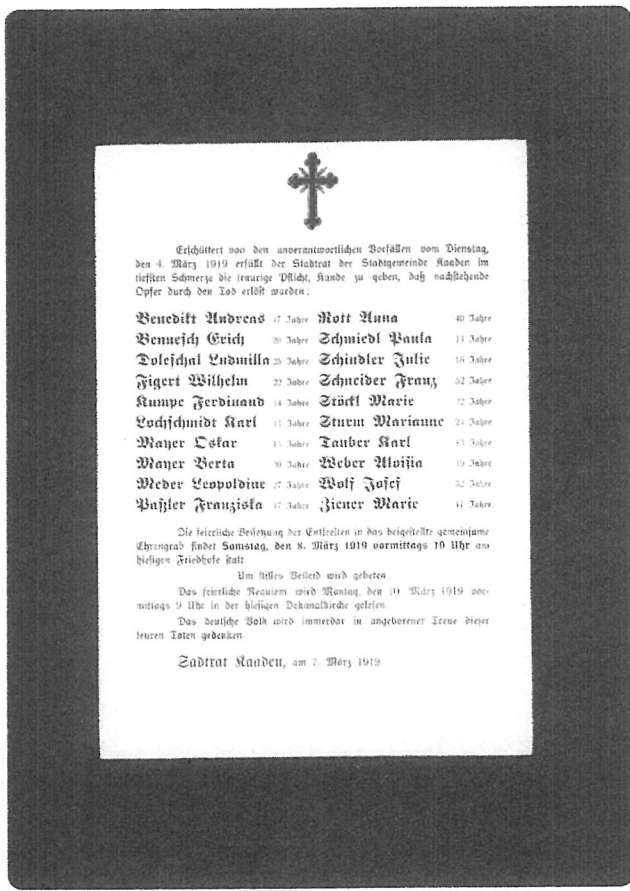
Pohlednice popisující německý pohled na demonstraci. Obrázek zachycuje stav bezprostředně po střelbě. / Ansichtskarte, die deutsche Anschauung auf die Demonstration beschrieb. Das Bild beschreibt die Situation unmittelbar nach dem Schießen.



Každoroční vzpomínkové akce se změnily postupně v manifestaci Sudetoněmecké strany v boji proti Československé republice. / Alljährliches Andenken änderte sich in die Manifestation der Sudetendeutschen im Kampf gegen der Tschechoslowakischen Republik.



Pohlednice, která byla prodávána po připojení Kadaně k nacistickému Německu. / Ansichtskarte, die nach dem Anschluss zu dem nazistischen Deutschland verkauft wurde.



Parte obětí, které vydala kadaňská radnice dne 7. 3. 1919. / Partezettel, der Kaadner Rathaus am 7. März 1919 drucken ließ.



Způsob zranění napovídá, že se jedná o oběť odražených kulek. Díky tomu se spekulovalo o použití střel dum-dum. / Verletzungsart bestimmt, das es um eine Opfer der abgeschneelten Schüsse handelt. Dank dessen wurde von der Benutzung der Schüsse „dum-dum“ spekuliert.



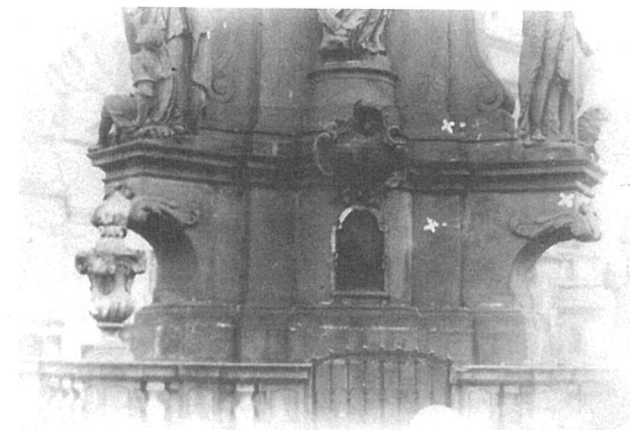
Pohřeb obětí proběhl 8. března 1919. Celý hřbitov byl zaplněn smutečními hosty. / Das Begräbnis fand am 8. März 1919 statt. Der ganze Friedhof wurde von Trauergästen voll.

## Poděkování

Za poskytnuté fotografie a pomoc při naleznutí klidného azylu před hlučícími dcerami děkuji pracovníkům Státnímu okresnímu archivu Chomutov se sídlem v Kadani.

Dále děkuji paní překladatelce Mgr. Lence Kratochvílové za rychlý a přesný překlad.

A všem ostatním za trpělivost...



Stopy po střelbě na sloupu Nejsvětější Trojice. Poškození způsobily od země odražené kulky z kulometu. / Spuren von dem Maschinengewehr auf der Dreifaltigkeitssäule. Die Beschädigungen verursachten Schüsse, die sich vom Boden abschnellten.



Restaurace Slunce na náměstí se změnila na provizorní ošetřovnu. Tento snímek byl později prodáván jako pohlednice. / Restaurant Zur Sonne auf dem Marktplatz wurde zur provisorischen Ambulanz. Diese Aufnahme wurde später als Ansichtskarte verkauft.



**Jiří Kopica**  
**Boj o pohraničí.**  
Demonstrace 4. března 1919  
v Československu

Vydavatel: Město Kadaň  
Obálka, grafická úprava a sazba z písma Skolar  
studio Lacerta ([www.sazba.cz](http://www.sazba.cz))  
Vytiskla tiskárna Nakladatelství Karolinum  
ISBN: 978-80-904493-8-1  
Kadaň 2013



7451/2015

**Jiří Kopica (1978)** vystudoval historii a sociologii na FF UP v Olomouci. Působil v Městském muzeu v Kadani, Státním okresním archivu v Kadani a Regionálním muzeu v Žatci. Publikuje o tématu česko-německých vztahů se zaměřením na vznik Československa a různé regionální studie.

MĚSTO KADAŇ  
Mírové nám. 1, 432 01 Kadaň  
Tel./fax: + 420 474 319 550  
[www.mesto-kadan.cz](http://www.mesto-kadan.cz)